

Fragen

für die Fragestunde der 223. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Mai 2009

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 49	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	37, 38	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	4
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	22, 42	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	13, 25
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	28, 48	Dr. Lotter, Erwin (FDP)	39
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	45	Nachtwei, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	1	Reinke, Elke (DIE LINKE.)	33, 34
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	35, 36	Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)	50
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	43, 44
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	6	Spieth, Frank (DIE LINKE.)	14, 15
Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	46, 47	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	9, 10	Waitz, Christoph (FDP)	7, 8
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Dr. Wissing, Volker (FDP)	11, 12
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	26, 27

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwiefern teilt die Bundesregierung die Beurteilungen des Bundesjugendkuratoriums bezüglich ihrer Jugendpolitik, nach der eine „hohe politische Priorität nicht erkennbar“ sei und sich ihre „Jugendpolitik als ein Flickenteppich unabgestimmter Maßnahmen, Programme und Aktivitäten unterschiedlicher Ministerien (erweise). Ein integrierendes Gesamtkonzept, das gemeinsame Ziele solcher Aktivitäten und eine aufeinander abgestimmte Gesamtstrategie enthalten würde, existiert dagegen nicht“ (Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums, Mai 2009, S. 3), und welche Konsequenzen zieht sie aus dieser kritischen Bewertung durch das von ihr berufene Sachverständigengremium?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

2. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
In welchem Umfang sind Gelder aus der Energiewirtschaft direkt oder indirekt – beispielsweise über das Deutsche Atomforum – für Öffentlichkeitsarbeit, Besucherbetreuung oder Ähnliches an die Betreiber der Schachanlage Asse II geflossen (Angaben bitte differenziert nach Betrag und Zahler), und wie bewertet die Bundesregierung die Beteiligung der Atomwirtschaft bei der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit für das Atommülllager Asse?
3. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwieweit waren Vertreter des Bundes an Absprachen oder sonstigen Vorgängen beteiligt, die zum Ziel hatten, die Atomwirtschaft direkt oder indirekt in die Finanzierung von Besucherführungen oder sonstigen auf die Asse bezogenen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung darauf reagieren, dass, wie im Verfassungsschutzbericht 2008 beschrieben, autonome nationalistische Gruppen bei Demonstrationen zunehmend gewalttätige Auseinandersetzungen suchen?
5. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Stellungnahme des ehemaligen US-Bundesanwaltes Eric Tirschwell vom 19. Mai 2009, die in der Presse zu findenden Aussagen aus dem Bundesministerium des Innern (z. B. FOCUS, Ausgaben 20/2009 und 21/2009), von den von den USA für unschuldig gehaltenen Gefangenen aus Guantánamo, um deren Aufnahme die USA die Bundesrepublik Deutschland gebeten habe, gehe eine „potenzielle abstrakte Gefährlichkeit“ aus, und welche Informationen sind bisher von den USA nicht geliefert worden, die eine zügige Prüfung einer Aufnahme ermöglichen würden?
6. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung Überstellungen im Rahmen des Dublin-Systems nach Italien noch für verantwortbar, nachdem der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi Flüchtlingslager in Italien mit Konzentrationslagern verglichen hat (so dass erhebliche Zweifel daran bestehen, dass Italien seinen Verpflichtungen nach der EU-Aufnahmerichtlinie nachkommt) und Italien zudem mit der Abschiebung von aufgegriffenen Bootsflüchtlings direkt nach Libyen – ohne den Betroffenen zuvor die Möglichkeit eines Asylgesuchs gegeben und ohne deren Schutzbedürftigkeit und Flüchtlingseigenschaft geprüft zu haben – eindeutig gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen europäische Flüchtlingsrichtlinien verstoßen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

7. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen des Wegfalls des Verlustvortrages durch die Unternehmenssteuerreform 2008 für den Bestand und die Unternehmensgründung von forschungs- und

entwicklungsintensiven Unternehmen in den Bereichen Bio- und Nanotechnologie, und mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung diesen Unternehmen die Kapitalbeschaffung für Forschungstätigkeit künftig zu erleichtern?

8. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP)

Welche systemrelevanten Konsequenzen erwartete die Bundesregierung im Falle einer Insolvenz der Hypo Real Estate Holding AG insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass nach § 30 Absatz 1 des Pfandbriefgesetzes Pfandbriefe nicht Teil der Insolvenzmasse werden können?
9. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Meinung von EU-Kommissar Günter Verheugen über die bisherige deutsche Bankenaufsicht (Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai 2009)?
10. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von EU-Kommissar Günter Verheugen, dass „Deutschland Weltmeister in riskanten Bankgeschäften“ war (Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai 2009)?
11. Abgeordneter
Dr. Volker Wissing
(FDP)

Wie viele Banken können nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund der Arbeitsbelastung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit der Vorbereitung des Untersuchungsausschusses zur Hypo Real Estate Holding AG nicht bzw. eingeschränkt geprüft werden, und wie viele zusätzliche Stellen hat die Bundesregierung im Bereich der einzelnen, für die Finanzaufsicht zuständigen Institutionen in der Zeit vom Beginn der 16. Legislaturperiode bis zum 15. September 2008 bzw. nach dem 15. September 2008 jeweils neu geschaffen?
12. Abgeordneter
Dr. Volker Wissing
(FDP)

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sind explizit mit der Vorbereitung bzw. Bereitstellung von Akten für den 2. Untersuchungsausschuss beschäftigt, und wie viele dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen schwerpunktmäßig Aufgaben im Bereich der Bankenaufsicht wahr?

13. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ankündigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Kontrolle der Banken teilweise einzustellen, und welche personellen Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dieser Ankündigung gezogen?
14. Abgeordneter
**Frank
Spieth**
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund der neuen Zahlen des Schätzerkreises und des daraus ersichtlich höheren Risikos, dass die Versicherten für krisenbedingte Fehlbeträge in den kommenden Jahren Zusatzbeiträge zahlen müssen, bereit, auf die Rückzahlungsverpflichtung von Bundeszuschüssen und Liquiditätshilfen an den Gesundheitsfonds zu verzichten, um so nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die gesetzlich Krankenversicherten einen Schutzschirm aufzuspannen?
15. Abgeordneter
**Frank
Spieth**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die Mittel aus dem Bundeszuschuss, die nach § 11 Absatz 5 des Haushaltsgesetzes in diesem Jahr bislang vorgezogen wurden und den Gesundheitsfonds stützten, um Liquiditätsdarlehen zu vermeiden (bitte nach Monat aufschlüsseln)?
16. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sind die in den Konjunkturpaketen I und II beschlossenen Steuererleichterungen und die mit dem geplanten Bürgerentlastungsgesetz verbundenen Steuererleichterungen in die aktuelle Steuerschätzung eingegangen?
17. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Anteil dieser Steuererleichterungen an den in der Steuerschätzung für die Gemeinden ermittelten Mindereinnahmen, differenziert nach den Steuererleichterungen im Konjunkturpaket I, im Konjunkturpaket II und dem geplanten Bürgerentlastungsgesetz?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

18. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verteilen sich die von den Energieversorgungsunternehmen gebildeten Stilllegungs- und Entsorgungsrückstellungen für Atomanlagen auf die einzelnen Atomanlagen in Deutschland und im Ausland, und falls unbekannt, welche rechtliche Handhabe hat die Bundesregierung, um die jeweiligen Anteile in Erfahrung zu bringen?
19. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche Rückbau- und Entsorgungsvorhaben wurden die Stilllegungs- und Entsorgungsrückstellungen der Energieversorgungsunternehmen in den letzten Jahren verwendet (bitte mit Angabe der Höhe), und welche aktuellen Angaben liegen der Bundesregierung zu den jeweiligen Gesamtkosten für Rückbau und Entsorgung der stillgelegten bzw. in Stilllegung befindlichen deutschen Atomkraftwerke vor?
20. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung vor, in welchem Umfang (ausgedrückt in Eurocent) sich ein Prozentpunkt Beimischungsanteil von Biokraftstoffen auf die Benzin- und Dieselpreise auswirkt, und welche diesbezüglichen Rechnungen hat die Bundesregierung von unabhängigen Institutionen erstellen lassen?
21. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die im Rahmen des EU-Klimapaktes eingeräumte Förderung für neue Kraftwerke mit bis zu 15 Prozent der Investitionskosten neuer Kohlekraftwerksbauten bereits für Kraftwerke angewandt werden, die vor 2013 fertig gestellt oder genehmigt werden, und welche zeitlichen Vorgaben für die Antragstellung bzw. Errichtung von Kohlekraftwerken will die Bundesregierung setzen, um von der seitens der Europäischen Union eingeräumten Möglichkeit Gebrauch zu machen?
22. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den geplanten Bau von Kohlekraftwerken in Dörpen (Emsland), Emden und in Eemshaven/Niederlande, und lehnt die Bundesregierung diese Standorte ab oder befürwortet sie diese?

23. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission wegen der schon seit mehr als einem Jahr verspäteten Umsetzung der Richtlinie über Energieeffizienz und Energiedienstleistungen zu verhindern, und welche Sanktionen könnten Deutschland in einem solchen Vertragsverletzungsverfahren schlimmstenfalls drohen?
24. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang hat die bereits mehr als ein Jahr dauernde Verzögerung des Energieeffizienzgesetzes dazu geführt, dass Verbrauchern und Wirtschaft vermeidbare Energiekosten entstanden sind und das Klima durch vermeidbare Treibhausgas-Emissionen belastet wurde?
25. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche Mitglieder der Bundesregierung haben an Bilderberg-Konferenzen teilgenommen, und wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der letzten Bilderberg-Konferenz in Griechenland?
26. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Warum hat die Bundeskanzlerin bisher nicht auf den offenen Brief der Beschäftigten der Palla Creativ Textiltechnik vom 26. März dieses Jahres geantwortet, und wie viele Steuergelder sind an den Standort in St. Egidien im Rahmen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung geflossen?
27. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass es betriebs- und volkswirtschaftlich sinnvoll ist, durch die Verweigerung einer Bürgschaft von 4 Mio. Euro einen hochmodernen Textilbetrieb, in den seit 1997 Gesamtinvestitionen von 240 Mio. Euro flossen, pleitegehen zu lassen, und wie hoch sind die sozialen Folgekosten (Zahlung des Arbeitslosengeldes, fehlende Steuer- und Beitragseinnahmen, mögliche Kosten für Umschulung bzw. Fortbildung usw.) für einen Wegfall der 465 Arbeitsplätze des Betriebes?
28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Bedingungen stellt die Bundesregierung für die Bereitstellung von Bürgschaften und Staatshilfen gegenüber den drei konkurrierenden Angeboten zur Übernahme der Adam Opel GmbH?

29. Abgeordneter
**Winfried
Nachtwei**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass – wie „DER SPIEGEL“ am 18. Mai 2009 berichtet – die Bundesregierung die Lieferung von modernen Kampfpanzern des Typs LEOPARD 2 an das Emirat Katar genehmigt hat, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung die Entscheidung, Kriegswaffen in Staaten außerhalb der NATO und EU und in die Krisen- und Spannungsregion zu liefern?
30. Abgeordneter
**Winfried
Nachtwei**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung mit Vertretern der pakistanischen Regierung und der pakistanischen Streitkräfte Gespräche über deutsche Rüstungslieferungen in die Krisen- und Kriegsregion führt und auch die Ausfuhr von hochmodernen U-Booten und anderen Kriegswaffen noch immer in Erwägung gezogen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

31. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche wesentlichen Inhalte wird der von der Bundesregierung angekündigte Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen haben, und wann wird die Bundesregierung diesen voraussichtlich vorlegen?
32. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen hat der Aktionsplan für die noch laufende Legislaturperiode, und in welchem Umfang wurden und werden die zivilgesellschaftlichen Akteure bei der Bearbeitung und Umsetzung des Aktionsplanes einbezogen?
33. Abgeordnete
**Elke
Reinke**
(DIE LINKE.)
- Was ist der Grund dafür, dass bislang noch keine Arbeitshilfe bzw. Ausführungshinweise der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Anwendung des § 16f des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) veröffentlicht wurden, und wann ist mit der Erstellung einer einheitlichen Umsetzungsrichtlinie zu rechnen?

34. Abgeordnete
**Elke
Reinke**
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen, die über die Anhebung der Kinderregelleistungen nach SGB II und SGB XII für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren von 60 Prozent auf 70 Prozent sowie über die Ausweitung des sogenannten Schulbedarfspakets im Konjunkturpaket II hinausgehen, hat die Bundesregierung getroffen, um den Urteilen des Hessischen Landessozialgerichts vom 29. Oktober 2006 (L 6 AS 336/07) und des Bundessozialgerichts vom 27. Januar 2009 gerecht zu werden, wonach die Ermittlung der Regelsätze für Kinder nach SGB II und SGB XII als verfassungswidrig anzusehen ist, weil keine wirkliche Bedarfsermittlung für Kinder vorliegt?
35. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Sind Jugendliche in der dualen Berufsausbildung, die auf Berufsausbildungsbeihilfe angewiesen sind, in den Kreis der Empfängerinnen und Empfänger für das so genannte Schulstarterpaket einbezogen?
36. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, Jugendliche in der dualen Berufsausbildung, die auf Berufsausbildungsbeihilfe angewiesen sind, in den Kreis der Empfängerinnen und Empfänger für das so genannte Schulstarterpaket aufzunehmen, falls dies noch nicht geschehen ist, wie dies der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in seiner Stellungnahme zum „Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung“ vom 16. April 2009 vorgeschlagen hat, da dieser Personenkreis ebenfalls nicht ohne Weiteres in der Lage wäre, die Ausgaben für den Besuch der Berufsschule zu decken, und so eine Gleichbehandlung vergleichbarer Personengruppen im Gesetz erreicht werden könnte?
37. Abgeordnete
**Dr. Martina
Bunge**
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dem nach dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu erwartenden möglichen Fachkräftemangel in den sozialen Berufen (u. a. im Bereich der Kranken- und Altenpflege) entgegenzuwirken und die Beschäftigung in den Gesundheitsberufen insgesamt weiter auszubauen, damit der Gesundheits- und Pflegesektor gestärkt aus der Krise hervorgehen kann?

38. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Arbeitsbedingungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen beispielsweise durch eine leistungsgerechte Bezahlung oder den Abbau von Hierarchien attraktiver zu gestalten, und welche Maßnahmen plant sie in den Bereichen Aus- und Weiterbildung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

39. Abgeordneter
Dr. Erwin Lotter
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Fahrgastsicherheit die immer wieder gemeldeten Vorfälle im Personenverkehr der Deutschen Bahn AG, nach denen Kinder, ältere Menschen, Behinderte und andere Personengruppen, die sich nur eingeschränkt oder gar nicht selbst helfen können, wegen falscher, vergessener oder fehlender Fahrausweise vor Erreichen des Fahrtziels am nächsten Bahnhof vom Schaffner des Zuges verwiesen werden, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung als alleiniger Anteilseigner der Deutschen Bahn AG solche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden?
40. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird sich die Bundesregierung an eventuell anfallenden Kosten einer von etlichen schleswig-holsteinischen Ostseebädern geforderten und von der Deutschen Bahn AG bereits in Aussicht gestellten Ertüchtigung der bestehenden Trasse oder einer kompletten Neutrassierung der Schienenhinterlandanbindung einer Festen Querung über den Fehmarnbelt, wegen welcher die Kieler Landesregierung nach Aussagen vom Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Jost de Jager, bereits in Verhandlungen mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, stehe, beteiligen, und welche Auswirkungen hätte eine solche Ertüchtigung bzw. Neutrassierung nach Ansicht der Bundesregierung auf die Kosten der deutschen Hinterlandanbindung aller Voraussicht nach insgesamt?

41. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bund unter bestimmten Bedingungen bereit, einen Teil der eventuell für Querungsbauwerke im Zuge der Schienenhinterlandanbindung einer Festen Querung über den Fehmarnbelt anfallenden Kosten, die nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz die Kommunen zu tragen hätten, zu übernehmen, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?
42. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Überlegungen für den Bau eines sogenannten Ems-Kanals von Papenburg nach Leer, und inwiefern beabsichtigt sie, sich an einer solchen Machbarkeitsstudie zu beteiligen?
43. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Bei wie vielen der 900 Bundesbauten, die laut Pressemitteilung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, vom 21. Mai 2009 mit 500 Mio. Euro aus dem Konjunkturprogramm saniert werden, wird damit auch Barrierefreiheit hergestellt, bei welchen dieser Bauten nicht?
44. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung meine Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 16/11715 vom 28. Januar 2009 nach einer Übersicht über fehlende Barrierefreiheit bei Bundesbauten beantworten können?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

45. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Zusagen hat die Bundesregierung durch den Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, bei dessen Telefonat mit dem Vorstandschef des Stahlunternehmens Arcelor-Mittal gegeben, um den Standort Eisenhüttenstadt in vollem Umfang zu erhalten, und stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass der Erhalt des Stahlstandorts Eisenhüttenstadt für das Land Brandenburg denselben Stellenwert besitzt wie der Erhalt der Standorte der Adam Opel GmbH für die Bundesländer Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen?

46. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Entwicklung der Menschenrechtslage in West-Papua, nachdem Ende April 2009 die einzige Niederlassung des Internationalen Roten Kreuzes von den indonesischen Behörden geschlossen wurde und vier niederländische Medienvertreter im Zuge der Parlamentswahlen mehrere Stunden inhaftiert wurden, und besteht die Möglichkeit, die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung und Indonesiens im Menschenrechtsbereich zu vertiefen?
47. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des Gold- und Kupferabbaus der US-amerikanischen Firma Freeport McMoRan Copper and Gold Inc. in West-Papua auf die Menschenrechte der Ureinwohner von West-Papua vor dem Hintergrund, dass das indonesische Umweltministerium die Firma seit 1997 wiederholt wegen Umwelt zerstörender Maßnahmen verwarnt hat?
48. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Einhaltung und Umsetzung der von Mexiko akzeptierten Verpflichtungen gegenüber dem UN-Menschenrechtsrat zu überprüfen, bei denen es um die Implementierung effektiverer Sicherheitsmaßnahmen für die Menschenrechtsverteidiger geht, damit zukünftige Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger verhindert werden und in Fällen von Ermordung, Drohung und Angriffen gegenüber Menschenrechtsverteidigern strafrechtlich ermittelt wird und die Täter bestraft werden, sowie Mexiko darin zu unterstützen, die Empfehlungen durch konkrete und effektive Aktionen umzusetzen?
49. Abgeordneter
Volker Beck
(**Köln**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Massentötung von Schweinen durch die ägyptische Regierung vor dem Hintergrund der Eindämmung der sog. Schweinegrippe, und welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung für die koptische Minderheit in Ägypten?
50. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung davon abgehalten, es offiziell zu begrüßen, dass Taiwan als Beobachter zur diesjährigen Weltgesundheitsversammlung eingeladen wurde, wie dies die EU, Frankreich und Großbritannien getan haben?

51. Abgeordneter
Manuel
Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bereits sondiert hat, ob Friedrich Merz der nächste deutsche EU-Kommissar werden wird?

